

Nationalisten, der Deutschland bis zur Elbe preisgeben will, und dem Kommunisten, der Deutschland in einen Bürgerkrieg stürzen will.

Ein drastisches Beispiel reaktionär-kommunistischer Verdrüderung: In Mecklenburg ist bei den letzten Landtagswahlen die Regierung der Deutschnationalen und Volkischen gestürzt worden. An ihre Stelle ist eine Regierung aus zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten getreten. Sie hat sich energisch der Arbeiterinteressen angenommen, sie hat Ordnung in die Mecklenburger Finanzen gebracht, die durch die Mißwirtschaft des deutschnationalen Finanzministers v. Dörben zerrüttet worden waren. Die Regierung hat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Verringerung der Arbeitslosigkeit eingebracht. Was geschieht? Die drei Kommunisten im Mecklenburger Landtag verbünden sich mit Herrn v. Dörben und seiner Partei. Sie lehnen das Arbeitsbeschaffungsprogramm ab und versuchen, gemeinsam mit Herrn v. Dörben durch ein Mißtrauensvotum die Linksregierung zu stürzen. Es ist ihnen glücklicherweise vorbeispielen, aber sie sind gekennzeichnet, Helfershelfer der Reaktion!

Die Sowjetregierung auf der einen Seite und die Rechtsradikalen, Futuristen und Hochverräter auf der andern Seite spekulieren mit der Reichswehr. Die erste macht ein Geschäft aus der Fabrikation von Granaten in Sowjetrußland, die andern wollen mit Hilfe dieser Granaten die rechtsradikale Diktatur in Deutschland errichten. Zu diesen andern gehört der alldeutsche Justizrat Elaf, der seine Ringer in jedem hochverräterischen Unternehmen gegen die deutsche Republik gehabt hat. Dieser Elaf hat in Königsberg dieser Tage eine Werbeversammlung abgehalten, in der er ziemlich offenherzig über seine Ziele sprach. Die Masse — will sagen die Masse des deutschen Volkes — muß vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Man fennei den Jargon: Masse, Masse, Masse aus den letzten Enthüllungen über die illegalen Bestrebungen von Reichswehroffizieren. Aber wie den Wahlrechtsraub vollziehen? Elaf sagte: Mit Hilfe der der Reichswehr gelieferter Sowjetgranaten. Nur keine Republikanisierung der Reichswehr, denn wenn die Reichswehr nicht in ihrem jetzigen Zustand erhalten bleibe, könnte man drei Kreuze hinter die alldeutsche Bewegung machen, dann wäre alles aus! So sagt Herr Elaf, und der muß es wissen.

Der erschütterte Gehler

Am Montag fand im Reichstag unter dem Vorsitz des Reichslandtagspräsidenten Dr. Wirth eine Besprechung der Regierungsparteien statt, die sich im Gegenwärtigen des Reichswehrministeriums mit dem dem sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schriftlich vorgelegten Material über gewisse Zustände in der Reichswehr befaßte. In den Kreisen der Regierungsparteien hält man — wie uns aus dem Reichstag mitgeteilt wird — nach dem Ausgang der Besprechungen nunmehr ebenfalls die Stellung des Reichswehrministers Gehler für erschüttert.

Der Reichstanzler verhandelt

SPD, Berlin, 14. Dezember. (Eig. Funkpr.) Der Reichstanzler beschäftigt im Laufe des heutigen Tages mit den Führern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nochmals eine Besprechung über die innerpolitische Lage zu führen. Die Reden der bürgerlichen Presse, daß solche Besprechungen bereits am Montag stattgefunden haben, sind falsch.

Im Vordergrund dieser geplanten Erörterungen dürfte hauptsächlich das Reichswehrproblem stehen. Die Regierungsparteien haben sich bereits am Montag in einer mehr als dreistündigen Sitzung mit diesen Angelegenheiten befaßt. Insbesondere wurde das von der Sozialdemokratie vorgelegte schriftliche Material im einzelnen durchgesehen. Der Ausgang dieser Erörterungen wurde von den Teilnehmern als streng vertraulich bezeichnet. Die Volkische Zeitung weiß immerhin als Ergebnis der gestrigen Erörterungen, an denen neben dem Reichswehrminister auch der General Dene und der Admiral Jentzsch teilnahmen, folgendes mitzuteilen: Die Regierung ist bemüht, die Sozialdemokratie davon zu überzeugen, daß ihren berechtigten Forderungen, insbesondere auch hinsichtlich der Beziehungen zwischen Reichswehr und Wehrverbänden, Rechnung getragen werden soll, um zu vermeiden, daß auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Dr. Gehler stimmt. Inwieweit das gelingen wird, bleibt von dem Ergebnis der Aussprache mit der Sozialdemokratie abhängig.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich mit dem am Montag eingebrachten kommunistischen Mißtrauensvotum gegen Gehler bis jetzt noch nicht befaßt. Sie hat es bisher immer abgelehnt, sich von den Kommunisten über Politik vorzeichnen zu lassen, auch andererseits inzwischen vor aller Öffentlichkeit angekündigt, daß sie entschlossen ist, bei der dritten Lesung des Mißtrauensvotums eine Gesamtklärung über die Haltung der Regierung herbeizuführen. Dabei bleibt es — und damit ergibt sich auch, was von den Kombinationen der bürgerlichen Presse über die fragliche Haltung der Sozialdemokratie zu halten ist.

Kontrolle über Oesterreich

A. Wien, 13. Dezember. (Eig. Draht.) Die christlichsoziale Presse erhebt vor dem Bundesministerium, daß nach den Senfer Vereinbarungen vornehmlich auch die Militärkontrollen über Oesterreich aufgehoben werden wird. In Oesterreich besteht noch ein interalliiertes Wundierungsorgan unter Führung eines französischen Generals, dem auch ein italienischer Oberst und ein belgischer Leutnant angehören. Es sei, so wird erklart, unvermeidlich, daß die Kontrolle Oesterreichs nunmehr auch auf den Völkerbund übergehen werde. Das ist besonders deshalb wichtig, weil erst noch vor kurzem von Oesterreich die Zerstörung einer großen Anzahl von Industriemaschinen verlangt wurde.

Zerspaltung der Linken in Frankreich

P. Paris, 13. Dezember. (Eig. Draht.) In drei völlig verschiedenen Departements Frankreichs haben im Laufe der letzten Wochen Ertragswahlen zur Kammer stattgefunden: in den Departements in Nièvre und am letzten Sonntag in Nord. In allen drei Fällen hat der Nationale Block, der jedesmal geschlossen in den Kampf ging, über die zersplitterten Kräfte der Linken gesiegt und im Departement Nord gleich drei Mandate erobert. In allen drei Fällen ist an der Niederlage der Sozialisten einzig und allein die Zerspaltung der Radikalsocialen Partei schuld gewesen. Es ist, wie am letzten Sonntag in Nord, ein rechter kommunistischer Hügel sich abspennte

und die Stimmen der Partei zugunsten der Reaktion anstimmte.

Die Sozialistische Partei hat in diesen Ertragswahlen im großen und ganzen in allen drei Fällen ihre Kräfte behauptet und jedenfalls nicht, wie die Wähler der Rechten hofften, Stimmen an die Kommunisten verloren. Der kommunistische Zuwachs am letzten Sonntag betrug kaum tausend Stimmen.

Freitagewoche in England

Erster Versuch bei Ford
S. London, 14. Dezember. (Eig. Funkpr.) Die Ford-Motorkompanie hat, wie sie in London bekannt gibt, beschlossen, nach dem Vorbild ihrer amerikanischen Werke auch in ihrem englischen Werk in Manchester die Freitagewoche einzuführen. Der Sonnabend und der Sonntag sind also — als Wochenende — frei. Das Ganze wird durchgeführt ohne Lohnföhrung.

Sozialdemokratische Regierung in Finnland

L. Helsingfors, 13. Dezember. (Eig. Draht.) In Finnland hat am Montag die Sozialdemokratie zum ersten Male seit ihrer Erstgründung die Regierungsgeschäfte übernommen. Das neue Kabinett, das sich ausschließlich aus Sozialdemokraten zusammensetzt, steht unter Führung des Abg. Tanner, der bisher die nordischen Konsumgenossenschaften leitete. Das Außenministerium soll der Professor der Universität Helsingfors, Börsmaa, übernehmen. Auch die übrigen Ministerien sind mit intellektuellen Persönlichkeiten der Partei besetzt. Als Minister ohne Portfeuille verbleibt der Führer der finnischen Gewerkschaften, Pasinora, der Regierung an.

Weimarer Koalition?

Der Volksparteiler Scholz hat mit seiner Provokation die Widerstände in den Reihen des Zentrums gegen den Bürgerblock verstärkt. Die Alternative heißt für Zentrum und Demokraten nicht mehr: Bürgerblock oder Fortbestehen der Regierung Marx, sie wird vielmehr sowohl von dem demokratischen Zeitungsdienst wie von der Zentrumspresse heute formuliert: Große Koalition oder Weimarer Koalition? Es ist bemerkenswert, daß diese Formulierung der Alternative für die Regierungsbildung von dem Blatte des Herrn Stegerwald und der christlichen Gewerkschaften, dem Deutschen ausgeht. In einem Aufsatz, der „Große oder Weimarer Koalition?“ überschrieben ist, nimmt der Deutsche vom Sonntag Stellung zum Vorstoß des Herrn Scholz. Dieser Aufsatz ist in außerordentlich aufreudlichen Tönen gegen die Deutsche Volkspartei gehalten. Der Gedanke des Bürgerblocks wird von vornherein als unüberwindlich abgelehnt. Es wird Herr Scholz versichert, daß es vor allem dem Arbeiterflügel des Zentrums ganz unmöglich sei, jene sozialreaktionäre Politik zu betreiben, die Herr Scholz in Ansbach gefordert hat. Mehr noch, mit außerordentlicher Schärfe stellt der Deutsche fest, daß die eigentlichen reaktionären rückwärtsdrängenden Kräfte in der Deutschen Volkspartei zu suchen seien. Sie würden im Reichsblock dem alten Geist der Bureaukratie, dem reaktionären Geist in Justiz und Reichswehr wieder Obervorteil geben.

Diese Ausführungen des Deutschen sind eine ziemlich unverhüllte Kriegserklärung der christlichen Arbeiterbewegung und des Herrn Stegerwald gegen die Deutsche Volkspartei. Herr Scholz hat mit seiner Provokation die Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei, die auskommen den Kern der Regierung Marx bilden, aufgelockert. Der Deutsche gibt zu verstehen, daß man im Zentrum mit der Weimarer Koalition als mit einer realen Möglichkeit für die kommende Regierungsbildung rechnet und daß die Stimmung bei einem

Die Regierung Tanner ist ein Minderheitskabinett, das auf 60 Sozialdemokraten und vornehmlich auch auf einer Anzahl der linksbürgerlichen Politiker stützt. Im Falle eines Zerfalls ist die Auflösung des Parlaments so gut wie sicher.

Neue politische Nachrichten

Auf dem Papier! Der Reichsinnenminister hat dem Reichsrat die Ausführungsbestimmungen zu dem Entwurf des Reichspräsidentenwahlgesetzes vorgelegt. Die Bestimmungen sind im Reichspräsidentenwahlgesetz enthalten. Im Falle eines Zerfalls ist die Auflösung des Parlaments so gut wie sicher.

Öffentliche Beschüßer der Fememörder

Die baltische Reichstagsfraktion hat die Dringlichkeit im Reichstag zu beantragen, daß die Kosten der gemeinsamen Ausschüsse des Reichstags einschließlich der Ermittlung des Hauptmann Röhms der sozialdemokratischen Partei und dem Genossen Levi aufgebüßt werden sollen, da die Durchführung zusammengebracht sei. Die Freunde der Weimarer Koalition sind dieser Unternehmung darüben unglücklich, daß die Unterfuchung den Beweis des Verbrechens keine in Bayern voll erbracht und die Schuld ihrer Freunde erweisen will. Nicht soll die Frage gar nach im Reichstag behandelt werden.

Auch Turati gerettet

Paris, 13. Dezember. (Eig. Draht.) Gestern konnte Gastri auf der Insel Korfika ein kleiner Dampfer, der eine ganze Anzahl Passagiere an Bord hatte. Unter ihnen befand sich auch der Führer der italienischen Sozialistenpartei, Turati, der in der Nacht von Korfika nach Genua entkam. Neben dem Genossen Treves, der nach der Schweiz entkam, ist also auch Genosse Turati dem Polizeiverfolg entkommen.

großen Teil der Zentrumsfraktion für die Weimarer Koalition gegeben sei.

Diese Stellungnahme entspricht ungefähr der Haltung, die der demokratische Zeitungsdienst einnimmt. Er lädt die Deutsche Volkspartei zu überreden, daß sie sich bereit erklart, in Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition einzutreten. Er verweist die Deutsche Volkspartei unter Einbildung auf die Außenpolitik darauf, daß sie wie alle andern Regierungsparteien unter einem Zwang zur Großen Koalition stünde. Wenn die Volkspartei den Weg zur Großen Koalition nicht beschreiten wolle, so bliebe als einzig reale Möglichkeit der Regierungsbildung nur die Weimarer Koalition.

Sowohl der Deutsche als auch der demokratische Zeitungsdienst lassen durchblicken, daß bei der Klärung der im Laufe dieser Woche erfolgen muß, der Reichswehrrückzug Stresemann eine große Rolle spielen werde. Der demokratische Zeitungsdienst gibt der Volkspartei zwar unangekündigt, aber darum nicht weniger deutlich zu verstehen, daß die Weimarer Koalition die bisherige deutsche Außenpolitik weiterführen werde und weiterführen könne ohne Stresemann.

Diese Pressediskussionen sind erst der Beginn einer Klärung, die sich im Laufe dieser Woche vollziehen muß. Ob die Pressestimmen auch schon den Beginn einer ernsthaften politischen Willensbildung bei Zentrum und Zentrum in der Richtung zur Weimarer Koalition hin bedeutet, das wird sich herausstellen, wenn nicht mehr nur die Presse, sondern wenn die Parteiführer das Wort haben. In einem Punkte aber scheint bei Zentrum und Zentrum Übereinstimmung zu bestehen: die Verschleppung der von Herrn Scholz hervorgerufenen Streit bis nach Weihnachten würde wenig Zweck haben. Die Entscheidung muß am Ende dieser Woche bei der dritten Lesung des Reichstagsbeschlusses im Reichstags fallen.

Allerhand

D. Herr Dr. Luther ist auf der Rückreise nach Deutschland. Die schönen Zeiten von Südamerika sind vorüber. Er wird nun nicht mehr im Ausendienst im verkehrssarmen Brasilien studieren, wie die deutschen Eisenbahnverhältnisse verbessert werden könnten, er wird vielmehr nun endlich sein hohes Amt als Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Reichsbahn antreten, das ihn die Gunst der Reichsregierung trotz wiederholtem preussischem Einspruch wiedergegeben hat, nachdem das Los in seiner Blindheit gerichtet und vernünftiger als die Reichsregierung gegen ihn entschieden hat.

So wird man Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Reichsbahn, so verliert man das Mandat und so gewinnt man es wieder — und das alles vollzieht sich viele tausend Kilometer entfernt, während man vom Flugzeug aus die Urwälder Brasiliens von oben her ansieht.

Aber Gerechtigkeit muß sein: Herr Luther hatte wichtige Aufgaben in Südamerika zu erfüllen, und die südamerikanischen Zeitungen sind voll des Lobes über ihn und darüber, wie er seine Aufgaben gelöst hat. Herr Luther hat den staunenden Auslandsdeutschen in Südamerika und den Südamerikanern erzählt, daß er der Retter Deutschlands aus der schweren Not des Hungertodes gewesen sei. Wirklich, vor dem Ruin des Dr. Hans Luther, dem Retter Deutschlands in schwerer Zeit, mußte der Ruin Hindenburgs verblissen. Ist es nicht lächerlich, daß sich der große Retter Deutschlands selbst bemüht hat, den Südamerikanern und den Auslandsdeutschen seine Bedeutung vor Augen zu führen?

Aber Herr Dr. Luther hatte in Südamerika noch ein anderes zu tun. Er hatte Propaganda für die Reichsflagge zu machen. Versteht sich, nicht für die Farben Schwarzrotgold, sondern für die Handelsflagge, also für Schwarzweißrot. Mit der Flagge natürlich. Herr Luther ist nach Südamerika gefahren, um dort vor den Auslandsdeutschen seinen famosen Flaggenruch zu begründen, — selbstverständlich unter stürmischem Beifall der Verlamenkten. In einer Volkserhebung von Inlandsdeutschen hätte Herr Dr. Luther weniger Glück gehabt.

Man kann über die Notwendigkeit einer derartigen Propagandareise für Schwarzweißrot und für die Bedeutung des Dr. Hans Luther verschiedener Meinung sein. Was es aber nötig, daß die Reichsregierung diese Propagandareise finanziert, indem sie Herrn Dr. Hans Luther zum Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Reichsbahn machte — trotz dem Einspruch von Breußen, und trotzdem sie bei der Ernennung wußte, daß Herr Dr. Luther sofort eine mehrrnontatige Auslandsreise antreten würde? Der blinde Zufall des Todes,

durch das Herr Dr. Luther aus dem Verwaltungsrat ausgeschlossen wurde, hat das Unmöglichkeit der Haltung der Reichsregierung unterstrichen. Wäre man dieser Entschcheidung gefolgt, so wäre Herr Dr. Luther mehrere Monate lang dieses Verwaltungsratsmitglied gewesen, ohne in dieser Zeit in Deutschland anwesend zu sein.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, die noch unter der Regide des Reichskanzlers Luther für das Reich angehalten wurde — D. A. Z. Der Außenminister zählt — hat im Gegenstand in Spanien. Dort erscheint der Hanauer Anzeiger im Verlag der Waisenhausdruckerei. Das Autoritarium, das die Waisenhaus-Zeitung verwalte, trägt öffentlichen-rechtlichen Charakter. Die Waffside führt die Regierung in Stoffel. Die leitenden Personen der Waisenhausdruckerei stehen im Beamtenverhältnis. Der Vorsitzende des Autoritariums wird von der Regierung in Anstell ernannt. Der Hanauer Anzeiger ist also ein Unternehmen, das öffentlichen-rechtlichen Charakter trägt und unter der Aufsicht der Regierung in Anstell steht. Diese Zeitung aber ist ein ungeschworen volksparteiliches Organ. In der Linie hat sich der Hanauer Anzeiger durchgemauert, nachdem er anfänglich ein antisemitisch-völkisches Heftblatt war. Durch den von der Regierung ernannten Vorlesenden des Autoritariums wird also das Vermögen der Waisenhaus-Zeitung in der einseitigen Weise in den Dienst der Deutschen Volkspartei gestellt.

Das Ganze mutet an wie ein Barockfall des Dresdner Anzeiger, der aus der neutralen Partei-Stiftung zu neutralen Zwecken gestiftet wird und als Parteiblatt des Herrn Luther ist!

Die Sowjetregierung hat gewiß ihre Sorgen. Sie will leugnen, daß auch die russischen Sozialisten ihre Sorgen haben. Sie streiten untereinander ob der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch oder der Großfürst Anriß der richtige Präsident und Zar sei. Kürzlich haben sie wieder einmal Streit darüber gehabt, wer berechtigt ist, den Großfürsten Paul die Genehmigung zu seiner Regierung mit einer Amerikanerin zu geben. Schließlich wird nun geteilt, daß der Heiratskonkurs von dem „kontinentalen Zar“ der russischen Kaiserkrone, dem „Zaren“ Kuril, erteilt werden sei. Es ist die Freuzzeitung, die dies mitteilt. Das Blatt jener Deutschnationalen und Anterwalden, die es billigen, wenn mit der Sowjetregierung ungeschworene Kreise geheime Militärverträge abzuziehen und die andererseits mit den russischen Emigranten imdostizieren und irritieren. Immerhin, man kann sich vorstellen, daß die Sowjetregierung zum Streit der russischen Sozialisten höhnend lachen wird: Die Sorgen dieser Leute möchten wir haben.